

Beschluss

der 23. Landesdelegiertenversammlung

Das industrielle Herz Deutschlands und Europas schlägt in Nordrhein-Westfalen: Energiepreise, Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz

In diesen Tagen beginnen in Berlin gerade die Sondierungen und anschließenden Koalitionsverhandlungen. Gleichzeitig stehen wichtige Weichenstellungen für den Wirtschaftsstandort Deutschland an, die nicht aus dem Blickfeld geraten dürfen. Die aktuelle Inflationsrate von über 4% wird zu einem erheblichen Teil durch die hohen Energiepreise verursacht. Das Thema der Energiepreise muss deshalb auf der Agenda der Verhandlungen ganz nach oben.

In Brüssel stehen für unseren Wirtschaftsstandort ebenfalls wesentliche Entscheidungen bevor. Richtig gemacht, könnte Europas Green Deal Ausgangspunkt für neues wirtschaftliches Wachstum werden. Dazu muss er auf eine Stärkung der Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit der Industrie ausgerichtet werden. Investitions- und Innovationshemmnisse dürfen durch den Green Deal nicht aufgebaut, sondern müssen abgebaut werden. Neue bürokratische Hürden wie eine Klimaschutzverträglichkeitsprüfung gilt es zu verhindern. Statt eines Fokus auf Zielvorgaben muss die Kommission die Rahmenbedingungen für industrielle Wertschöpfung im Rahmen des Green Deal setzen.

Deutschland hat daher nach der Bundestagswahl keine Zeit zu verlieren. Die Politik in Berlin ist gefordert, jetzt die Basis für künftiges, klimaneutrales Wachstum unserer Industrie zu legen. Die deutsche Klimaschutzpolitik muss die Industrie als Teil der Lösung, nicht als Problem adressieren. Wer energieintensive

Branchen aus Mittelstand und Industrie aus Deutschland verdrängt, erweist dem weltweiten Klimaschutz einen Bärendienst und gefährdet Wohlstand und soziale Sicherheit. Nur wenn es gelingt, Dekarbonisierung und Wachstum zu verbinden, wird Klimaschutz gelingen. Denn nur dann werden wir weltweit Nachahmer finden. Dazu brauchen wir Erdgas und bunten Wasserstoff als kostengünstige Übergangslösungen.

Derzeit wichtigster Baustein für einen stabilen Strompreis:

Die EEG-Umlage muss weg.

Stromsteuer und Mehrwertsteuer müssen zudem auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden.

Strom- und Gaspreise dürfen nicht zum negativen Standortfaktor und zur neuen sozialen Frage für die Verbraucher werden. Die gesellschaftlich gewollte Energiewende muss mehr aus allgemeinen Steuermitteln finanziert werden, die EEG-Umlage muss auslaufen, energiespezifische Steuern und Abgaben gesenkt werden.

In Europa muss eine künftige Bundesregierung dafür sorgen, dass die Umsetzung des Green Deals so erfolgt, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt.

Die EU -Chemikalienstrategie als wichtiges Element des Green Deal muss so ausgestaltet sein, dass die dringend notwendige Innovationskraft der Chemieindustrie nicht durch zu restriktive Regeln eingeschränkt wird. Die Chemieindustrie liefert die Produkte, damit Deutschland klimaneutral werden kann. Die Chemikalienstrategie muss daher eine wettbewerbsfähige Chemieindustrie fördern, damit die Ziele des Green Deal erreicht werden können.

Europa wartet nicht darauf, dass die Bundesregierung sich sortiert. Wir brauchen deshalb rasch eine neue Bundesregierung, die bereit ist, an einer Zukunft für die Industrie in Deutschland zu arbeiten und sich in Brüssel dafür einzusetzen. Dazu gehört auch eine industrienähe Forschung, eine industrie- und mittelstandsverträgliche Lieferkettengesetzgebung und eine strikte Wahrung des Subsidiaritätsprinzips, etwa bei Fragen von Mindestlöhnen, öffentlichem Auftragswesen und Tarifbindung. Denn: Das industrielle Herz Deutschlands und Europas schlägt in Nordrhein-Westfalen. Unsere Industrie -geprägt von starken

Mittelständlern ebenso wie von Großunternehmen- mit ihren langen Wertschöpfungsketten ist Garant für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand in unserem Land. Damit Deutschland, damit Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft Industrieland bleibt, gilt es jetzt, wichtige Weichenstellungen in Brüssel und Berlin vorzunehmen